

Stand: 10.05.2024 12:39:53

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/18208

"Unsere Verantwortung für die afghanischen Ortskräfte"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/18208 vom 08.10.2021
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/19359 des VF vom 02.12.2021
3. Beschluss des Plenums 18/19427 vom 07.12.2021
4. Plenarprotokoll Nr. 99 vom 07.12.2021



Antrag

der Abgeordneten **Alexandra Hiersemann, Horst Arnold SPD**

Unsere Verantwortung für die afghanischen Ortskräfte

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene verstärkt für Folgendes einzusetzen:

- Zeitnahe Rückholung aller Menschen deutscher Staatsangehörigkeit aus Afghanistan sowie schnelle, unbürokratische und unverzügliche Aufnahme der afghanischen Ortskräfte mit ihren Angehörigen und anderen vulnerablen Gruppen, u. a. Frauen und Kinder, Journalistinnen und Journalisten sowie Menschenrechtlerinnen und Menschenrechtler, entsprechend dem Beschluss der Innenministerkonferenz vom 18. Juni 2021 – „Visa on arrival“. Dies hat unabhängig von Dauer und Zeitpunkt der Mitarbeit der Ortskräfte zu gelten und muss auch die Menschen einbeziehen, die vor Ort mittelbar für die Bundeswehr, deren Subunternehmen oder andere deutsche Institutionen gearbeitet haben.
- Schnelle Familienzusammenführung für alle schon in Deutschland befindlichen afghanischen Ortskräfte unter Einbeziehung von in Afghanistan verbliebenen Eltern, Geschwistern und (auch volljährigen) Kindern. Hierbei sind zudem die bayerischen Ausländerbehörden anzuweisen, ihre Zustimmung zur Verlängerung von Aufenthaltsgenehmigungen bis auf Weiteres unbürokratisch zu erteilen.
- Schaffung der Grundlagen für die Landesaufnahme von Geflüchteten aus Afghanistan. Hierbei ist durch die Staatsregierung das entsprechende Landesaufnahmeprogramm gem. § 23 Abs. 1 Satz 1 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) anzuordnen. Gleichzeitig ist auf das Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat in enger Absprache mit Bund und Ländern zur Aufnahme von afghanischen Ortskräften mit ihren Angehörigen und anderen vulnerablen Gruppen hinzuwirken. Aufnahmeberechtigt müssen hierbei insbesondere Ehepartnerinnen und Ehepartner der Ortskräfte sowie Verwandte ersten Grades, Verwandte zweiten Grades und deren Ehepartnerinnen und Ehepartner und minderjährige Kinder sein. Weitere Personensorgeberechtigte begünstigter minderjähriger Kinder sollen miteinbezogen werden. Auch Personenkreise, denen eine besondere Gefährdung unter dem Talibanregime droht, wie z. B. Juristinnen und Juristen, Journalistinnen und Journalisten sowie Menschenrechtlerinnen und Menschenrechtlern, müssen als aufnahmeberechtigt gelten. Zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden in Bayern soll zudem ein Sofortplan zur Unterbringung dieser Personengruppen in Bayern, insbesondere in den Städten, die sich zur sicheren Aufnahme von Geflüchteten bereits bereiterklärt haben, erstellt werden.
- Ermöglichung einer mehrjährigen Zukunftsperspektive für die Genannten in Deutschland.

Weiterhin wird die Staatsregierung aufgefordert,

- auf die Aufstockung deutscher Mittel und Entwicklungshilfen für Hilfsorganisationen wie den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) auf Bundesebene hinzuwirken, um die auf der Flucht Befindlichen in der Region zu unterstützen,
- eine Überprüfung einzuleiten, um – soweit es die Umstände vor Ort und die Aktenlage in Deutschland erlauben – die Gefahrenlage und Lebensumstände derer zu überprüfen, die aus der Zuständigkeit und Verantwortung bayerischer Behörden nach Afghanistan seit Januar 2020 abgeschoben wurden.

Begründung:

Nach dem kurzfristigen und zum Teil unkoordinierten Abzug der internationalen Truppen hat sich die Sicherheitslage in Afghanistan in den letzten Wochen drastisch zuspitzt. Die radikalislamistischen Taliban haben das Land erobert. Die Machtübernahme der Taliban stellt nun eine lebensgefährliche Bedrohung für die einheimische Bevölkerung, insbesondere für bestimmte vulnerable Personengruppen, dar. Dazu zählen vor allem die Angehörigen afghanischer Ortskräfte, die jahrelang vor Ort und vielfach zusammen mit der Bundeswehr, Subunternehmen und deutschen Institutionen für Demokratie und Frieden gekämpft haben, sowie Frauen, Kinder, Journalistinnen und Journalisten und Menschenrechtlerinnen und Menschenrechtlern. Viele ehemalige afghanische Ortskräfte, die sich bereits in Deutschland befinden, sorgen sich dementsprechend um ihre Familienangehörigen.

In ihrem Dringlichkeitsantrag (Drs. 18/17274) haben selbst die die Staatsregierung tragenden Fraktionen sich bereits dafür ausgesprochen, Ortskräften sowie ihren Angehörigen „schnelle und unbürokratische Hilfe bei der Ausreise zukommen zu lassen“. Dieser Aufgabe muss nun, dringender denn je, umgehend nachgekommen werden.

Die Innenministerkonferenz (IMK) hatte schon im Juni 2021 beschlossen, dass im Rahmen des sogenannten Ortskräfteverfahrens ehemalige afghanische Ortskräfte aus dem deutschen Projekt genauso wie die Bundeswehr behandelt werden und besonderen Schutz erhalten sollen. Zudem hatte sich die IMK im Juni 2021 dafür ausgesprochen, die Visa-Verfahren für diese Personen über sogenannte „Visa on arrival“ bei Ankunft in Deutschland zu verschlanken, vgl. Beschluss zu TOP 64 Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder vom 16. bis 18. Juni 2021.

Dennoch lehnte es das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat über Monate ab, das Verfahren für Ortskräfte zu vereinfachen, sondern forderte stattdessen, die Pass- und Visapflicht für die Abfertigung der Betroffenen vor Ort zu erfüllen. In der Folge mussten zwei schon für den 25. Juni 2021 geplante Flüge zur Evakuierung abgesagt werden. Erst ab 13. August 2021 wurde vom Bundesinnenministerium eine Erleichterung der Vorgaben, allerdings unter weiterhin einschränkenden Bedingungen, zugesagt. Da derzeit wegen Lebensgefahr aller Beteiligten keinerlei bürokratische Prüfungen vor Ort möglich und denkbar sind, ist bis zur vollständigen Evakuierung der Genannten von „Visa on arrival“ Gebrauch zu machen.

Im Rahmen der deutschen Evakuierungsmissionen wurden zwar bereits einige Ortskräfte, deren Familienangehörige und vulnerable Personen nach Deutschland geholt, gleichzeitig warten jedoch weitere Tausende immer noch auf ihre Rettung. Einige Personen haben dabei zwar bereits Aufnahmezusagen von deutscher Seite, jedoch keine Visa erhalten.

Einzelne Bundesländer haben sich demnach für die Vorbereitung notwendiger Landesaufnahmeprogramme ausgesprochen, welche in enger Abstimmung mit Bund und Ländern erarbeitet und dann mit den zuständigen Ministerien (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Bundesministerium der Verteidigung und Auswärtigem Amt) umgesetzt werden sollten, um auf die dortige Logistik zurückgreifen zu können. Mehrere Bundesländer, darunter u. a. Hamburg, Berlin, Baden-Württemberg, Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Hessen, haben sich bereiterklärt, afghanische Geflüchtete aufzunehmen.

Viele, teils CDU-geführte, Bundesländer haben sich somit für ein Aufnahmeprogramm ausgesprochen. Im Einklang mit den anderen Bundesländern muss nun auch Bayern seiner humanitären Verantwortung nachkommen und besonders schutzbedürftige Familienmitglieder aus Afghanistan unter den genannten Voraussetzungen im Rahmen eines Landesaufnahmeprogramms aufnehmen und die dafür notwendigen Schritte einleiten.

Das vom Thüringer Kabinett beschlossene Landesprogramm zur Aufnahme von Familienmitgliedern afghanischer Ortskräfte ist einzig aufgrund der Ablehnung des damaligen und derzeit noch als geschäftsführend im Amt tätigen Bundesministers des Innern, für Bau und Heimat Horst Seehofer gescheitert. Der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat sah demnach keine Notwendigkeit für Landesaufnahmeprogramme der Bundesländer. Deutschland und speziell auch Bayern, von wo aus bis vor wenigen Wochen noch Abschiebungen nach Afghanistan erfolgten, muss jedoch seiner humanitären Verpflichtung nachkommen, nicht nur die afghanischen Ortskräfte, sondern auch ihre Familienangehörigen, die durch die Verfolgung der Taliban bedroht sind, schnell und unbürokratisch aus Afghanistan aufzunehmen. Insbesondere muss dabei die Staatsregierung auf den noch geschäftsführend tätigen Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat Horst Seehofer bzw. auf die neue Bundesregierung einwirken, damit ein solches Programm auch von Bundesebene aus gem. § 23 Abs. 1 AufenthG genehmigt wird.

Trotz bisheriger Bemühungen zur Rettung afghanischer Ortskräfte sind deren Familienangehörige nicht umfassend eingeschlossen. Durch die Ablehnung der Landesaufnahmeprogramme werden Angehörige afghanischer Ortskräfte und vulnerable Gruppen somit weiter lebensbedrohlichen Situationen ausgesetzt.

Einige bayerische Städte, darunter Erlangen, München und Nürnberg haben dabei im Rahmen der Sicheren Häfen bereits ihre schnelle und unbürokratische Aufnahmebereitschaft signalisiert. Die nötige Bereitschaft in den großen Städten ist somit vorhanden, auf die die Staatsregierung aufbauen kann und im Rahmen ihrer humanitären Verantwortung auch muss.

Erforderlich ist es auch, die Familienzusammenführung für afghanische Ortskräfte tatsächlich zu ermöglichen. Viele Ortskräfte, die sich bereits in Bayern befinden, sorgen sich berechtigt um ihre Familien, die sich teilweise immer noch in ihrem Heimatland in akuter Lebensgefahr befinden. Auch wenn ihnen die Familienzusammenführung in Aussicht gestellt wurde, sind hier vielfach von deutscher Seite weiterhin bürokratische Hürden und Mängel bei der Umsetzung zu verzeichnen. Es gilt daher, die Familienzusammenführung für die betroffenen Personen in Deutschland, aber auch für die zukünftig ankommenden Ortskräfte, schnell und unbürokratisch zu ermöglichen. Zudem muss den in Deutschland befindlichen Menschen aus Afghanistan hier vor Ort eine Zukunftsperspektive ermöglicht werden, um gezielt sog. Kettenduldungen zu vermeiden und deren Integration zu fördern.

Vor dem Hintergrund des jahrzehntelangen Krieges sowie der weiterhin grassierenden COVID-19-Pandemie ist auch die Versorgungssituation im Land verheerend. Daher müssen die Menschen, die noch vor Ort sind und nicht evakuiert werden können, durch schnelle und wirksame Hilfen unterstützt werden. Gleichzeitig halten sich viele Menschen aus Afghanistan in den angrenzenden Nachbarländern wie beispielsweise Pakistan auf. Vor dem Hintergrund der neuesten Entwicklungen erscheint es absehbar, dass die Anzahl an Geflüchteten dort zunehmen wird. Daher gilt es, auch die Nachbarländer in Bezug auf Flüchtlingshilfen bestmöglich zu unterstützen. Gelder und Entwicklungshilfen müssen auf Bundesebene aufgestockt werden, um Hilfsorganisationen und somit den Menschen vor Ort schnell und unbürokratisch zu helfen.

Trotz der dramatischen Lage im Land sowie der zusätzlichen Bedrohung durch die COVID-19-Pandemie hat der Freistaat Bayern – im Vergleich zu einigen anderen Bundesländern – lange an Abschiebungen nach Afghanistan festgehalten. Dies geht aus der Antwort der Staatsregierung auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Alexandra Hiersemann „Bayerische Abschiebep Praxis und Asylpolitik während der Coronapandemie“ (Drs. 18/15217) hervor. Erst durch den am 11. August 2021 verhängten Abschiebestopp auf Bundesebene, wurden auch Abschiebungen nach Afghanistan aus

bayerischer Zuständigkeit ausgesetzt. Dies erfolgte lange nachdem die radikalislamistischen Taliban bereits große Gebiete eingenommen hatten und wenige Tage, bevor die Taliban auch Kabul einnahmen.

Der Freistaat Bayern trägt somit, zumindest moralisch, Mitverantwortung für die Situation der abgeschobenen betroffenen Personen. Vor dem Hintergrund der zunehmend drastischen Lage vor Ort sind daher die jetzige Gefahrenlage und die Lebensumstände der aus bayerischer Zuständigkeit und Verantwortung abgeschobenen Afghanen bestmöglich zu prüfen, um ggf. unterstützen zu können.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Antrag der Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Horst Arnold SPD
Drs. 18/18208

Unsere Verantwortung für die afghanischen Ortskräfte

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Horst Arnold**
Mitberichterstatter: **Karl Straub**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 62. Sitzung am 21. Oktober 2021 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: ZustimmungAblehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 116. Sitzung am 2. Dezember 2021 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Alexandra Hiersemann, Horst Arnold SPD**

Drs. 18/18208, 18/19359

Unsere Verantwortung für die afghanischen Ortskräfte

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen, auch die AfD-Fraktion. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Das ist der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
 oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 17. November 2021 (Vf. 57-VII-21) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 82 Abs. 1 und 2 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2007 (GVBl. S. 588, BayRS 2132-1-B), die zuletzt durch § 4 des Gesetzes vom 25. Mai 2021 (GVBl. S. 286) geändert worden ist

PII-G1310.21-0023

Drs. 18/19366 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren:
 II. Der Antrag ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
 III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☐	☒	☒	☐	☐

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

[illegible]

[illegible]

6. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Umwelt
Integrierte Wasserbewirtschaftung – überarbeitete Listen von
Schadstoffen in Oberflächengewässern und im Grundwasser
26.07.2021 - 01.11.2021
Drs. 18/18078, 18/19288 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/19288 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

[illegible]

7. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Umwelt
Luftqualität – Überarbeitung der EU-Vorschriften
23.09.2021 - 16.12.2021
Drs. 18/18272, 18/19289 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/19289 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

[illegible]

8. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Binnenmarkt
Tourismusleistungen – Initiative zu kurzfristigen Vermietungen
27.09.2021 - 13.12.2021
Drs. 18/18273, 18/19290 (ENTH) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/19290 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	Z	ENTH	Z

Anträge

9. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Inge Aures, Florian von Brunn u.a. SPD „Housing First“ – BayernHeim soll auch für Wohnungslose bauen
Drs. 18/12354, 18/19236 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒ ENTH	☐	☐

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kommunale Finanzen sichern –
Gerechte Grundsteuer in Bayern verwirklichen
Drs. 18/16017, 18/19220 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

11. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Recyclingpotenziale ausschöpfen – Kunststoffabfälle getrennt sammeln
Drs. 18/17123, 18/19362 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

[illegible]

12. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Jürgen Baumgärtner, Alexander König, Jochen Kohler u.a. CSU Reduzierung des Schwefelgehalts im Kerosin Drs. 18/17125, 18/19245 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

[illegible]

13. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Martin Schöffel, Eric Beißwenger u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Moorforschungsprogramm Bayern: Mit Mooren für den Klimaschutz
Drs. 18/17495, 18/19265 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

[illegible]

17. Antrag der Abgeordneten Martina Fehlner, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
Den besten Freund des Menschen schützen II –
Illegale Hundetransporte in Bayern registrieren,
stärker kontrollieren und sanktionieren
Drs. 18/17701, 18/19248 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☒	☒	☐

18. Antrag der Abgeordneten Martina Fehlner, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
Den besten Freund des Menschen schützen III –
Welpenhandel über das Internet einschränken
Drs. 18/17702, 18/19249 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

19. Antrag der Abgeordneten Martina Fehlner, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
Den besten Freund des Menschen schützen IV –
Hundeführerscheine für Ersthundekäufer
Drs. 18/17703, 18/19250 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

20. Antrag der Abgeordneten Martina Fehlner, Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
Den besten Freund des Menschen schützen V –
Tierschutz im Heimtierbereich sicherstellen, verbindliche
Qualitätsstandards sicherstellen
Drs. 18/17704, 18/19251 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
					

21. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Entsorgungsproblematik von Windkraftanlagen endlich begegnen!
Drs. 18/17809, 18/19252 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

22. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Verbraucher aufklären statt bevormunden –
Einführung einer Fleischsteuer verhindern!
Drs. 18/17810, 18/19203 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

23. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Inge Aures, Ruth Müller u.a. SPD
Verkehrswende weiß-blau:
Mut zum klimafreundlichen öffentlichen Verkehr der Zukunft
Drs. 18/17815, 18/19238 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

24. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Inge Aures, Horst Arnold u.a. SPD
Wie wollen die Menschen in Bayern wohnen? – Studie zur Entwicklung des Wohnverhaltens und von Wohnkonzepten
Drs. 18/17819, 18/19239 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒ ENTH	☐	☐

25. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Expertenanhörung: Aufklärung und Hilfe für Opfer sexuellen Missbrauchs in der evangelischen Kirche in Bayern
Drs. 18/17843, 18/19225 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

26. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Expertenanhörung: Aufklärung und Hilfe für Opfer sexuellen Missbrauchs in der katholischen Kirche in Bayern
Drs. 18/17844, 18/19226 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

27. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Aussteigerprogramme für Anhänger von Extinction Rebellion
Drs. 18/17882, 18/19349 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

28. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Eric Beißwenger, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU
Frühzeitig EU-Batterieverordnung beeinflussen –
Lithium-Ionen-Akkus stärker berücksichtigen
Drs. 18/17927, 18/19363 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

29. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Klimapartnerschaften mit Entwicklungs- und
Schwellenländern ausbauen
Drs. 18/18037, 18/19351 (A)

auf Antrag der SPD-Fraktion Votum des mitberatenden Ausschusses
für Umwelt- und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

30. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Margit Wild u.a. und Fraktion (SPD)
Verzögerungen beenden, Verantwortung gerecht werden –
PCR-Pooltests in Kitas endlich auf den Weg bringen
Drs. 18/18069, 18/19228 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

31. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Christian Klingen u.a. und Fraktion (AfD)
Klimaanpassung statt CO₂-Vermeidung – Aktionistischen Klimaschutz
beenden und wirtschaftlich tragbare Lösungen auf den Weg bringen
Drs. 18/18105, 18/19364 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

32. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Innovative Sonderwirtschaftsregionen in Bayern einführen!
Drs. 18/18118, 18/19221 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

33. Antrag der Abgeordneten Martin Böhm, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Kostenerstattung für staatliche Hochbaumaßnahmen beschleunigen
Drs. 18/18119, 18/19223 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

34. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Ferdinand Mang u.a. und Fraktion (AfD)
Ermöglichung nötiger Investitionen in bayerische Infrastruktur, Bildung und Forschung mit einem Deutschlandfonds
Drs. 18/18120, 18/19234 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

35. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller, Martina Fehlner u.a. SPD
Sonderfonds zur Beseitigung der Altlasten in Altenstadt a.d. Waldnaab, Neustadt a.d. Waldnaab und Windischeschenbach
Drs. 18/18122, 18/19237 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

36. Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
Kinder vor Missbrauch schützen: Präventionsprogramm „Kein Täter werden“ ausweiten
Drs. 18/18126, 18/19229 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

37. Antrag der Abgeordneten Alexandra Hiersemann, Horst Arnold SPD
Unsere Verantwortung für die afghanischen Ortskräfte
Drs. 18/18208, 18/19359 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

38. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann,
Christoph Skutella u.a. und Fraktion (FDP)
Wasserversorgung für unsere Kommunen sicherstellen –
Übergangsfristen für RZWas 2018 ermöglichen
Drs. 18/18222, 18/19365 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☒	☒	☒

39. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt,
Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP),
Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zur Situation der Prostituierten in Bayern
Drs. 18/18232, 18/19230 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

40. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers,
Christian Klingen u.a. und Fraktion (AfD)
Landesschlichtungsstelle für Barrierefreiheit und Teilhabe
Drs. 18/18234, 18/19231 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

45. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Andreas Winhart u.a. und Fraktion (AfD)
Fachtagung „Digitalisierung zur Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderung“
Drs. 18/18240, 18/19235 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☐	☐	☐

46. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD)
Corona-Ausgangssperren unverhältnismäßig –
zu Unrecht vereinnahmte Bußgelder unverzüglich zurückerstatten!
Drs. 18/18261, 18/19263 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☐	☐	☐

47. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Großelterntag, Wahlauf Ruf etc. –
Bericht zur Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung
Drs. 18/18262, 18/19360 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☐	☐	☐

48. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Deutschlandtakt auch für Bayern!
Vier Gleise zwischen Pasing und Eichenau!
Drs. 18/18263, 18/19240 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

50. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Geplanter Landestarif
Drs. 18/18378, 18/19241 (E)

[illegible]

51. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring,
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Gemeinsam gegen die Klimakrise: Innovation durch Kooperation-
Ausbau kommunaler Klimapartnerschaften
Drs. 18/18480, 18/19353 (G)

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☐ A	☒	☐ ENTH

52. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Martina Fehlner u.a. SPD
Wechsel im Kanzleramt in Wien:
Neustart für die bayerisch-österreichischen Beziehungen
Drs. 18/18489, 18/19227 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	ENTH	Z	A

53. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker u.a. CSU Evaluation der Vereinigung der Pflegenden in Bayern
Drs. 18/18495, 18/19261 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

[illegible]

54. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner u.a. SPD
Verbindliche 3G-Regelungen bei Beerdigungen und 3G-Empfehlungen für religiöse Veranstaltungen
Drs. 18/18498, 18/19262 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	A	Z	Z

55. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD
Für Pressefreiheit und Medienpluralismus in Europa kämpfen
Drs. 18/18671, 18/19264 (G)

auf **Antrag der FDP-Fraktion** Votum des mitberatenden Ausschusses
für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☐	☒	☒